

# STELLUNGNAHME

**Alarmierende PISA-Ergebnisse (Drucksache 18/2140)  
und  
Maßnahmen der Landesregierung nach den PISA-Ergebnissen (Drucksache  
18/2151)  
Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 23. April 2024**

Die im Dezember 2023 veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Studie sind das Ergebnis einer deutlich verfehlten Bildungspolitik in Deutschland. Noch immer hängt der Bildungserfolg in Deutschland massiv vom sozial-ökonomischen Status des Elternhauses ab. Statt Schüler\*innen zum für sie bestmöglichen Schulabschluss zu führen und so in die dringend benötigten Fachkräfte von morgen zu investieren, entscheidet noch immer die Herkunft maßgeblich darüber, welche Bildungs-, Berufs- und letztendlich Lebenswege ihnen offenstehen. Ohne gute und chancengleiche Bildung kann der Transformationsprozess in Wirtschaft und Lebenswelt der Menschen aber nicht gelingen. Das stark gegliederte Bildungssystem zementiert immer wieder die soziale Ungleichheit, statt sie aufzulösen. Von Chancengleichheit im Bildungssystem sind wir soweit entfernt wie seit Langem nicht mehr. Um dieses System, das soziale Ungleichheit reproduziert und verstärkt, aufzubrechen, bedarf es wirklichen politischen Veränderungswillens. Bildungspolitik in Deutschland muss umdenken und dafür sorgen, dass der Bildung in Deutschland endlich die Wertschätzung und Priorität eingeräumt wird, die sie benötigt.

Die GEW NRW begrüßt daher grundsätzlich, dass das Ministerium für Schule und Bildung NRW, alarmiert durch die Ergebnisse verschiedener Schulleistungsstudien, seit 2021 für Grundschulen und seit 2023 verstärkt auch für die Sekundarstufe I verschiedene Maßnahmen entwickelt und aufgelegt hat, um die Förderung und Stärkung der Basiskompetenzen von Schüler\*innen im besonderen Maße zu unterstützen. Im Folgenden nehmen wir Stellung zu einigen Einzelaspekten der vorgelegten Berichte des Ministeriums für Schule und Bildung NRW.

## **Bedeutung der Basiskompetenzen**

Wir begrüßen es, dass in den Einordnungen der Ministerin die Bedeutung der Basiskompetenzen erkannt und diesbezüglich eine konsequentere Förderung anvisiert wird. Wenn wir Bildung ganzheitlich betrachten, bilden die Basiskompetenzen zwar die Grundlage, aber Bildung ist weit mehr als Basiskompetenzen. Bildung soll zur gleichberechtigten gesellschaftlichen

Teilhabe befähigen, insbesondere zur politischen Partizipation. In dieser Hinsicht ist es wichtig, die politische Handlungskompetenz der Schüler\*innen zu fördern und in den Blick zu nehmen. Gerade in Zeiten von KI müssen die Schüler\*innen befähigt werden, Inhalte kritisch zu hinterfragen, sie in einen Gesamtkontext zu setzen und Populisten nicht auf dem Leim zu gehen. Bereits bei der ersten PISA-Auswertung wurde festgehalten, dass politische Partizipation mit dem erreichten Bildungsniveau „kovariiert“ - das heißt, die Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg führt mittelbar zu einer sozialen Spreizung bei der politischen Partizipation.

Diese politische Partizipation beginnt bereits in der frühkindlichen Bildung. Hier werden die Pfeiler für die weitere Bildungsbiografie gesetzt. Wir brauchen nicht zu erwähnen, wie wichtig Sprache in diesem Zusammenhang ist. Sprache ist der Schlüssel zur Bildung und zur Welt. Es darf nicht an fehlenden Sprachkenntnissen liegen, dass Kinder ihre kognitiven Fähigkeiten nicht darstellen können und daher schlechter abschneiden. Die vorrangige Aufgabe von guter Bildung muss in erster Linie die Förderung der Sprache sein; das vor allem bei zugewanderten Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund.

### **Ganztag**

Es bedarf aus unserer Sicht allerdings auch sinnvoller Ganztagskonzepte, um Basiskompetenzen zielgerichtet fördern zu können. Ganztagsbildung ist ein Hebel, um soziale Ungleichheit auszugleichen und Kinder frühzeitig gezielt zu fördern. Die Umsetzung des Rechtsanspruches darf aus diesem Grund nicht kostenneutral ausgestaltet sein. Investitionen in den Ganztag zur Sicherstellung von Qualität ist die Aufgabe dieser Landesregierung.

### **Vergleichsarbeiten**

Die in den Berichten angeführten Vergleichsarbeiten, VERA 3 und 8 sind keine neuen Maßnahmen, sondern werden schon seit Jahren durchgeführt. Mit dem Ziel, dass mit den Vergleichsarbeiten den Lehrkräften Instrumente an die Hand gegeben werden, um die individuellen Förderbedarfe zu ermitteln, sind Vergleichsarbeiten sehr sinnvoll. Vergleichsarbeiten sind ein Messinstrument, bei dem der alte Spruch „vom Wiegen wird die Sau nicht fett“ gilt. Werden die Erkenntnisse nicht genutzt, dann können die Potentiale nicht entfaltet werden. Das Messen alleine reicht nicht aus. Seit PISA 2001 wurde genügend gemessen, um die Schwachstellen und kritischen Stellen des Bildungswesens zu kennen. Aber politische Handlungen sind aus den Erkenntnissen nicht resultiert – es gilt: wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsdefizit. Für Politik bedeutet das, sich nicht nur angesichts schlechter Ergebnisse bestürzt zu zeigen, sondern ins Handeln zu kommen.

### **Realistische Einschätzungen der zu erreichenden Vorgaben für die Schüler\*innen**

Um zu einer realistischen Einschätzung zu gelangen, muss die Landesregierung zunächst für gleiche Startbedingungen sorgen. Das Startchancenprogramm könnte ein Weg sein, aber nicht für einige Schulen, sondern für alle Schulen. In diesem Zusammenhang sei auf den schulscharfen Sozialindex verwiesen, der mit ausreichend Ressourcen Ungleiches ungleich behandeln kann. Das größte Hemmnis, allen eine gute Bildung zu ermöglichen, liegt vor allem daran, dass Kinderarmut nicht nachhaltig bekämpft wird: Armut ist ein Synonym für Bildungsarmut. Insofern benachteiligt das System des Mangels die Kinder, aus (ressourcen-)armen Verhältnissen.

## **Das Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung**

Es ist wichtig, dass es ein Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung gibt. Die Unterrichtsversorgung mit ausreichend grundständig ausgebildeten Lehr- und Fachkräften bildet die Grundlage für qualitativ guten Unterricht. Dass die Qualität zur Zeit nicht stimmig ist, hängt in besonderer Weise mit dem eklatanten Lehrkräftemangel zusammen. Die im systembefindlichen Beschäftigten versuchen über ihre Belastungsgrenze hinaus, guten Unterricht möglich zu machen. In so einer Situation die Möglichkeit, Belastung durch Teilzeit zu reduzieren, zu streichen, führt zu einer höheren Belastung. Die Beschäftigten gehen bewusst in Teilzeit, um ihrer herausfordernden Aufgabe und vor allem den Schüler\*innen noch gerecht werden zu können. In beiden vorliegenden Berichten verweist das MSB auf den bisherigen Erfolg des Handlungskonzepts, durch dessen Maßnahmen deutlich mehr Menschen ins System gebracht worden seien und sich die Personalausstattung der Schulen um knapp 4.000 Stellen deutlich verbessert hätte. Bei diesen Zahlen muss man hinterfragen, ob es sich gänzlich um grundständig ausgebildete Lehrkräfte handelt oder um Fachkräfte in Multiprofessionellen Teams, die auf Lehrerstellen gesetzt werden. Es ist verständlich, dass da wo grundständig ausgebildete Lehrkräfte fehlen, diese durch andere Professionen zu unterstützen, um die Lehrkräfte zu entlasten. Nichtsdestotrotz muss perspektivisch daran gearbeitet werden, den Beruf so attraktiv zu gestalten, dass es kein Nachwuchsproblem gibt. Perspektivisch müssen genügend Lehrkräfte ausgebildet werden, d.h. es braucht genügend Studienplätze und eine gut ausgebaute Beratungsinfrastruktur an den Hochschulen. Den Schwund, der mit dem Lehrkräftetrichter beschrieben wird, gilt es über entsprechende Maßnahmen zu vermeiden.

Wer eine echte Attraktivitätssteigerung des Lehrkräfteberufs erreichen möchte, hat viele Stellschrauben zu drehen. Als Beispiele seien hier genannt: Kleinere Klassen, Abbau von Bürokratie, Entlastung von nicht-pädagogischen Aufgaben oder die Evaluation/Priorisierung curricularer Vorgaben, Schaffung von Zeitressourcen über Reduzierung der Klassenarbeiten, Handlungsfreiräume für die Einzelschulen. In Anbetracht der ohnehin starken Selektion bereits ab der frühkindlichen Bildung (Kita-Segregation) ist der hohe Unterrichtsausfall ein Katalysator der Ungleichheit manifestiert. 5 Prozent des Unterrichts fallen ersatzlos aus, nur drei von vier Stunden finden wie geplant statt und da sind die Streichungen der Stundetafel nicht berücksichtigt. Kinder aus ressourcenorientierten Familien sind in der Lage, diesen Ausfall zu kompensieren. Bei den Kindern aus ressourcenarmen Familien muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und sie in besonderem fördern. Wenn wirklich gegen die ungleichen Chancen und den Kompetenzabfall vorgegangen werden soll, ist hier ein wichtiger Hebel.

## **Der Einsatz von digitalen Tools im Unterricht**

In einer Zeit, in der sich die soziale Spaltung verschärft, muss darauf geachtet werden, dass der Einsatz von digitalen Tools, die bestehende Ungleichheit nicht zusätzlich verschärft. Im Gegenteil: Unser Bildungssystem sollte dazu in die Lage versetzt werden, dieser Spaltung mit ausreichen Ressourcen gelingend zu begegnen. Es ist wichtig bei dem Einsatz von digitalen Tools darauf zu achten, wo sie ein Gewinn für den Unterricht sein können und wo sie zum Selbstzweck werden. Die Beziehung in Lehr- und Lernsettings spielt eine immense Rolle beim Lernen. Insoweit sollten Digitale Tools diesem untergeordnet werden bzw. die Beziehungsarbeit nicht ersetzen, sondern das Lehren unterstützen. Ein Blick nach Schweden (siehe die Ergebnisse der Karolinska-Studie 2023) sollte uns bei der Digitalisierung ein Fingerzeig darin sein, in der Digitalisierung ein Allheilmittel zu sehen. Zur gelingenden Nutzung der Tools

sind Fortbildungen für die Lehrkräfte notwendig, um die Tools didaktisch-pädagogisch wertvoll einsetzen zu können.

### **Diagnoseverfahren**

Sowohl bereits bestehende Diagnoseverfahren wie Delfin-4 wie auch neu einzuführende Diagnoseverfahren zur Feststellung der vorhandenen Basiskompetenzen binden Arbeitszeit und belasten Lehrkräfte zum Teil erheblich. Dies muss bei der Einführung neuer Diagnoseverfahren mitberücksichtigt werden. Jegliche Diagnostik sollte aus unserer Sicht darüber hinaus auch einen direkten und unmittelbaren Einfluss auf die Zuteilung von Ressourcen haben, denn sonst erschließt sich der Sinn des Diagnoseverfahrens nicht. Messen um des Messens willen, ohne entsprechende Ressourcen im Anschluss bereit zu stellen, sehen wir kritisch. Generell verweisen wir noch einmal auf den schulscharfen Sozialindex, über den eine bedarfsorientierte Ressourcensteuerung möglich ist.

Abschließend möchten wir festhalten: Wir teilen die Einschätzung des Ministeriums, dass die Wirksamkeit sämtlicher Maßnahmen dann besonders hoch sein wird, wenn die Schulen sich in diesem Fortentwicklungsprozess mitgenommen fühlen und die große Expertise der Lehrkräfte bestmöglich in diesen Prozess eingebunden wird (Drucksache 18/2140). Die Expertise der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals ist unerlässlich und muss in Unterricht, Förderung, Erziehung, Beratung und auch in Schulentwicklung eingebracht werden.